

Dringliches Postulat 394

Eingang Stadtkanzlei: 9. März 2020

Hilfe für Griechenland – Aufnahme von Geflüchteten

An der griechisch-türkischen Landesgrenze sowie der Seegrenze vor den Inseln Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros wurden griechische Grenzschutzbehörden, Polizei und Militär wiederholt dabei gefilmt, versuchte Grenzübertritte mit massivem Einsatz von Gewalt zu verhindern und dabei auch die Gefährdung von Menschenleben in Kauf zu nehmen. Auf den Inseln leben zurzeit über 42'000 Asylsuchende – 34 % davon sind Kinder – in Flüchtlingslagern, welche für eine Kapazität von knapp 6'000 Menschen ausgelegt sind. Die hygienischen Verhältnisse sind prekär, grundlegende menschliche Bedürfnisse werden nicht gedeckt, und es werden sowohl Menschenrechte als auch humanitäre Standards verletzt. Verschiedene Berichte weisen auch auf die unterlassene Hilfeleistung der HCG (Hellenic Coast Guard) hin, was gegen die Seerechtskonvention der Vereinten Nationen verstösst. Auf der Insel Lesbos wird ausserdem berichtet, dass die Polizei bei rassistisch motivierten Gewaltakten nicht einschreitet und entsprechend die Sicherheit von Geflüchteten, aber auch von Schweizer Freiwilligen und anderen humanitären Helfer*innen nicht mehr gewährleistet ist.

Es sind erschütternde Zustände. Und auch wenn das Verhalten der griechischen Behörden und bewaffneten Einheiten durch nichts zu rechtfertigen ist, so muss doch festgestellt werden, dass Griechenland – und damit auch die Geflüchteten – vom restlichen Europa alleine und im Stich gelassen werden. Auch von der Schweiz.

Es ist den Unterzeichnenden bewusst, dass es den Gemeinden und Städten gemäss den geltenden Rechtsgrundlagen nicht möglich ist, Menschen auf der Flucht direkt aufzunehmen.

Daher bitten wir den Stadtrat:

- zu eruieren und zu kommunizieren, wie viele Geflüchtete die Stadt Luzern per sofort aufnehmen und bis zu einem endgültigen Asylentscheid auf Stadtgebiet unterbringen und menschenwürdig betreuen könnte;
- sich im Rahmen seiner Möglichkeiten so schnell und so nachdrücklich wie möglich beim Bund (EJPD/SEM) dafür einzusetzen, dass die Schweiz Griechenland ihre Unterstützung anbietet, sich humanitär vor Ort engagiert, weitere Länder zur Solidarität auffordert und selber so viele Geflüchtete wie nur möglich aufnimmt;

- im selben Zuge dem Bund und dem Kanton zu signalisieren, dass die Stadt Luzern bereit ist, so viele Geflüchtete aufzunehmen, wie menschenwürdig unterzubringen sie finanziell, räumlich und logistisch in der Lage ist;
- darzulegen, ob und wie die Stadt Luzern den Betroffenen direkt vor Ort helfen und ihnen Unterstützung bieten könnte.

Christov Rolla
namens der G/JG-Fraktion